



CDU-Fraktion im Rat  
der Stadt Wuppertal



SPD-Fraktion im  
Rat der Stadt  
Wuppertal

*Herrn Karl Friedrich Kühme  
Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses*

*Herrn Oberbürgermeister  
Peter Jung*

### **Gemeinsamer Antrag**

Es informiert Sie: Kathrin Hartmann  
Anschrift Rathaus Barmen  
42269 Wuppertal  
Telefon (0202) 563 69 64  
Fax (0202) 244 09 87  
E-Mail hartmann@spdrat.de  
Datum 01.02.2006

**Drucks. Nr. VO/0147/06**  
öffentlich

---

Zur Sitzung am	Gremium
<b>07.02.2006</b>	<b>Jugendhilfeausschuss</b>
<b>15.02.2006</b>	<b>Hauptausschuss</b>
<b>20.02.2006</b>	<b>Rat der Stadt Wuppertal</b>

---

## **Resolution zu den geplanten Mittelkürzungen der Landesregierung im Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder - GTK Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 01.02.2006**

### **Beschlussvorschlag**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herr Kühme,

die Fraktionen von CDU und SPD beantragen, der Jugendhilfeausschuss und der Rat der Stadt Wuppertal mögen folgende Resolution beschließen:

Der Rat der Stadt Wuppertal fordert die Landesregierung auf, die geplanten Mittelkürzungen im Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder nicht umzusetzen.

### **Begründung**

Die NRW-Landesregierung hat angekündigt, über Veränderungen im GTK einen Beitrag von rund 104,5 Millionen € einsparen zu wollen.

Realisiert werden sollen diese Einsparungen u. a. über eine Kürzung der Betriebskostenzuschüsse. Diese Kürzungen gehen zu Lasten der Kommunen und der Freien Träger von Tageseinrichtungen für Kinder. Allein die geplante Absenkung der Sachkostenfinanzierung würde zu Einnahmeausfällen von rd. 800.000 € bei den Freien Trägern in Wuppertal und zu ca. 600.000 € bei der Stadt Wuppertal führen.

Diese Einnahmeausfälle sind von der Stadt und den Freien Trägern nicht mehr nur allein durch Einsparungen aufzufangen. Vielmehr drohen spürbare Einbußen bei der Spiel- und Lernmittelausstattung, die die pädagogische Arbeit der Einrichtungen beeinträchtigen und die Wahrnehmung des eigenständigen Bildungsauftrages unserer Kindertagesstätten behindern.

Der Rat der Stadt Wuppertal appelliert an die Landesregierung, die erklärten Ziele ihrer Politik: Ausbau der Kinderbetreuung, Stärkung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Stärkung des eigenständigen Erziehungsauftrags der Kindertagesstätten widerspruchsfrei auszugestalten, anstatt sich durch Absenkung der Sachkostenfinanzierung teilweise zu Lasten der Kommunen aus der Finanzierung der Kindertagesstätten zurückzuziehen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Bernhard Simon  
Vorsitzender der  
CDU-Fraktion  
im Rat der Stadt Wuppertal

Klaus Jürgen Reese  
Vorsitzender der  
SPD-Fraktion  
im Rat der Stadt Wuppertal